

Besatzer ging in dem meisten Ländern nahtlos in eine Abwehr gegen die zurückgekehrten Kolonialmächte über. Willkommen waren diese nur auf den Philippinen, denen die USA aber schon vor Kriegsbeginn die Unabhängigkeit für 1946 zugesagt hatten. Der ausbleibende wirtschaftliche Aufschwung und die daraus hervorgehende Enttäuschung über Amerika steigerten jedoch auch hier den Nationalismus. Ähnlich wie in Burma zerfiel in China die aus reiner Opportunität gegen die Japaner geschlossene Einheitsfront aus Kommunisten und Nationalisten. Die teilweise schon während des Krieges zu beobachtende Kräfteverlagerung von Chiang Kai-Shek zu Mao Tse-Tung erschütterte und veränderte schließlich ganz Ostasien. Daß die Amerikaner die Bedeutung Koreas nicht früh genug erkannten und es seinem Schicksal überließen, führte dort zu einem mörderischen Bruderkrieg und machte schließlich ein noch viel größeres militärisches Engagement der USA erforderlich. Auch in den meisten Ländern Südostasiens fanden die Rivalitäten während der japanischen Besatzungszeit ihre Fortsetzung in Bürgerkriegen und ethnisch bedingten Auseinandersetzungen, die mitunter - so vor allem in Malaya/Malaysia/Singapur - die Erlangung der Unabhängigkeit verzögerten.

Im abschließenden Referat wurde deutlich, daß auch Australien und Neuseeland eine wichtige Rolle in der Kriegszeit und bei der Neuordnung des asiatisch-pazifischen Raumes spielten. Sie wurden von den Japanern zwar nicht besetzt, waren aber bedroht und bildeten die amerikanische Ausgangsbasis für die Rückeroberung der Philippinen und damit zum endgültigen Stoß auf Japan selbst. Australien und Neuseeland selbst erfuhren auch große Veränderungen: Sie wechselten von der traditionellen britischen in die amerikanische Verteidigungszone über, öffneten sich aber in den letzten beiden Jahrzehnten gegenüber den asiatischen Ländern und verstehen sich heute nicht mehr als europäische Außenposten, sondern als integrierte Teile des asiatisch-pazifischen Raumes.

Das Deutsche Institut für Japanstudien plant, die Ergebnisse der Konferenz in seiner Monographienreihe zu veröffentlichen.

Gerhard Krebs

Das neue Selbstbewußtsein in Asien: Eine geistig-kulturelle Herausforderung für den Westen.

Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin, 12.-13. Mai 1995

Die wissenschaftliche Tagung, die die Deutsche Gesellschaft für Asienkunde e.V. alle zwei Jahre in Verbindung mit ihrer Mitgliederversammlung veranstaltet, fand vom 12.-13. Mai im Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin statt, dessen effizientes Management wieder einmal hervorragende Tagungsbedingungen schuf. Insgesamt sieben Referenten befaßten sich mit verschiedenen Aspekten des brisanten Diskurses um "asiatische Werte".

Den Auftakt machte Dr. Oskar Weggel (Institut für Asienkunde, Hamburg), der die Fragestellung "Zusammenprall der Kulturen - Gehört Asien die Zukunft?" zunächst am Beispiel der regionalen Großmacht China "als *pars pro toto*" diskutierte. Er relativierte das seiner Meinung nach vielfach überschätzte Poten-

tial der Volksrepublik als einem zivilisatorischen, militärischen und wirtschaftlichen Gefahrenherd: Es finden sich in der VR China keine Anzeichen für die von Huntington aufgestellten drei Kriterien eines "clash of civilisations" (Aufstand gegen die Moderne, Minderwertigkeitskomplexe, Selbstisolierung), das Militärspiele eine eher untergeordnete Rolle, und Chinas Einheit sei durch die zunehmende Autonomie der Regionen, der Betriebe und gesellschaftlicher Schichten bedroht. Ebenso wie für China entkräftete Weggel auch für Asien die Vorstellung einer Gefahr als "Schreckgespenst". Dies erläuterte er anhand von fünf Kernthesen, mit denen er zugleich eine Prognose für die Entwicklung der nächsten 30 bis 40 Jahre versuchte: Zum einen werde es aufgrund innerasiatischer Konflikte und Spannungen in absehbarer Zukunft keine wirtschaftliche oder politische Integration des gesamten asiatischen Raumes geben, zum anderen zeichne sich derzeit auch keine militärische (VR China) oder wirtschaftliche (Japan) Vormacht in der Region ab. Statt dessen sei vielmehr eine Tendenz zu internationaler und intranationaler Regionalisierung und Multipolarisierung zu beobachten, die zu einer Schwächung der Zentralregierungen führe und Demokratisierung sowie Ökonomisierung begünstige. Damit wachse zugleich die Chance der Stabilisierung, da im Sinne einer "Harmonisierung" regionale Konflikte (Kambodscha, Nordkorea, Spratly-Inseln) friedlich beigelegt werden können; in diesem Zusammenhang wies er auf die Bedeutung des ASEAN-Forums und der gemeinsamen geistigen Grundlage des Konfuzianismus hin. Weggel äußerte zum Ende seines konzisen Vortrages die Überzeugung, daß der Westen in Asien willkommen sei und dort als Partner und keineswegs als Feind gesehen werde; er müsse lediglich seine eurozentristische Denkweise aufgeben und "den Einladungen nachkommen". Hierzu sei vor allem die Intensivierung der Asienerfahrung durch mehr Bildung unerlässlich.

Sein Thema "Das ostasiatische Wirtschaftswunder: Modernisierung ohne Verwestlichung?" focussierte Dr. Gunter Schubert (Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft, Heidelberg) auf die Frage, ob und in welcher Form es im Laufe des Modernisierungsprozesses in Asien zu einer Demokratisierung kommen wird. Die Möglichkeit einer Demokratisierung nach westlichem Muster sei hierbei prinzipiell auszuschließen, da mit diesem Entwicklungsmodell "kulturelle Dekadenz" und "entwicklungsfeindlicher Werterelativismus" assoziiert werden; der Begriff "Verwestlichung" gelte gar als Schimpfwort. Demgegenüber werden in Asien die Einheit und Harmonie der Gemeinschaft gewünscht. Schubert diagnostizierte zunächst fünf Spezifika asiatischer Politik: wechselseitige Loyalitätsverhältnisse; eine stark personalisierte Herrschaft aufgrund des Bedürfnisses nach charismatischer Führerschaft; eine enge Verknüpfung von Macht und moralisch legitimer Herrschaftsausübung; ein starker, keine autonomen Interessenorganisationen duldender Staat mit ausgeprägtem Interventionsbedürfnis; die Herrschaft einer dominanten Partei. Die Analyse von fünf "modernen entwickelten Staaten der Region" (Japan und die vier Kleinen Tiger) zeige, daß die genannten Kriterien zwar in allen untersuchten Staaten - wenn auch in unterschiedlicher Stärke - wirkungsmächtig sind, daß sie allerdings unter dem Druck der Moderne stehen und damit Veränderungen unterworfen sind: Zum einen verlieren sie an Bedeutung, zum anderen passen sie sich in das neue politische Umfeld

ein. So lasse beispielsweise der Hang zum Führerkult nach, und es entwickle sich aufgrund des moralischen Pluralismus in normativen Debatten ein genuiner Parteienwettbewerb; die informelle Patronage hingegen werde immer eine große Bedeutung in Asien haben, der Klientelismus füge sich allerdings in demokratische Strukturen ein und werde gewissermaßen "säkularisiert".

Aufgrund dieser Ergebnisse gelangte Schubert zu der Schlußfolgerung, daß die kulturell bedingten Spezifika das Projekt der Demokratie zwar nicht behindern, aber doch beeinflussen werden, so daß anstelle einer bloßen Übernahme westlich geprägter Werte selbstbewußt an der Möglichkeit eines den asiatischen Verhältnissen entsprechenden eigenständigen Demokratiemodells festgehalten wird.

In seinem Referat zu "Menschenrechtsverständnis und Autoritarismus in Ostasien" diskutierte Dr. Sebastian Heilmann (Institut für Asienkunde, Hamburg) die Durchsetzbarkeit der Menschenrechte in den ostasiatischen Ländern im weiteren Kontext der Frage, ob wirtschaftliches Wachstum und kulturelle Spezifika in Ostasien dauerhaft andere politische Formen als in westlichen Staaten entstehen lassen werden oder ob im Sinne der Modernisierungstheorie asiatische Wert- und Ordnungsvorstellungen sich langfristig an westliche Modelle annähern werden. Im konfuzianischen Ordnungsdenken gebe es keine naturrechtliche Begründung vorstaatlicher Rechte des Individuums; daher werde das Insistieren des Westens auf die Gewährung solcher Rechte in den Ländern Asiens als Versuch interpretiert, ihnen eine fremde Wertordnung aufzuzwingen, um sie damit als unliebsame politische Systeme und wirtschaftliche Konkurrenten zu schwächen. Ihres Erachtens könne der Menschenrechtsbegriff westlichen Musters keine universelle Gültigkeit beanspruchen: im Prozeß der Modernisierung hätten vielmehr Existenzsicherung und Entwicklung Vorrang vor individuellen politischen Freiheiten, und es obliege jedem einzelnen Staat, selbst eine Gewichtung zwischen Freiheit und Ordnung vorzunehmen. Solche eigenständigen autoritären Ordnungsvorstellungen geraten jedoch nach Einschätzung Heilmanns nicht allein aufgrund westlicher Anprangerungen unter Druck; vielmehr sind es die beabsichtigten Modernisierungsprozesse in den Ländern Ostasiens selbst, die interne Widersprüche erzeugen. Die Frage, ob es auf lange Sicht möglich erscheint, in die Moderne einzutreten, ohne zugleich "westlicher zu werden", ist daher auch Gegenstand einer innerasiatischen Debatte, deren Protagonisten Lee Kuan Yew und Mahathir Mohamad sind. Jenseits dieses öffentlichkeitswirksamen Diskurses einzelner sei die Breitenwirkung des Menschenrechtsgedankens allerdings eher schwach: Umfragen im Verfahren des *guerilla interviewing* haben z.B. gezeigt, daß der chinesischen Bevölkerung Werte wie Menschenwürde abstrakt und blaß erscheinen und daß sie Menschenrechte durchgehend als Abwehrrechte gegen staatliche Willkür auffaßt, jedoch kaum Vertretungs- und Mitwirkungsrechte fordert und für die aktive Inanspruchnahme von Menschenrechten somit kein Interesse zeigt.

Für die Menschenrechtspolitik der westlichen Staaten ergibt sich angesichts dieser Ergebnisse nach Heilmanns Einschätzung die Notwendigkeit, sich unmißverständlicher und anschaulicher zu äußern. Eine Konvergenz in den Wertvorstellungen Asiens und des Westens hält Heilmann langfristig für möglich; er

widerspricht aber entschieden der These vom "Ende der Geschichte", nach der sich das pluralistische Demokratiemodell des Westens als bestmögliche Form gesellschaftlichen Zusammenlebens erwiesen habe. Seines Erachtens werfe der Dialog mit Asien auch im Westen neue Fragen auf. Die Rolle und Verantwortung des einzelnen in Familie, Gesellschaft und Staat neu zu bestimmen, sei eine gemeinsame Herausforderung sowohl für die Länder Asiens als auch für die westlichen Staaten.

"Asiatisierung und asiatische Werte: Positionen einer innerasiatischen Debatte" lautete denn auch das Thema des Einführungsvortrags des zweiten Tages, mit dem Dr. Werner Pfennig (FU Berlin) einen Überblick über den derzeitigen Stand des in Asien geführten politischen Diskurses zu vermitteln suchte. Dazu definierte er eingangs "Asiatisierung" als das gestärkte Selbstbewußtsein, mit dem die Länder Asiens die Entwicklung und Formulierung originärer Werte- und Zielvorstellungen unter Loslösung von westlicher Bevormundung anstreben; die inhaltliche Ausgestaltung dieser neuen Normen sei Gegenstand einer auf verschiedenen sowohl innerstaatlichen als auch innerasiatischen Ebenen geführten Debatte. Als einzelne Themen dieser Debatte nannte er u.a. Fragen, die durch die Veränderungen des außenpolitischen Umfeldes nach dem Ende des Kalten Krieges aufgeworfen wurden, wie beispielweise das zukünftige Engagement der USA in der Region, die militärische Rolle Chinas sowie regionale Sicherheitsprobleme (Korea-Frage und Nuklearrüstung, Ausbau der indischen Flotte); ferner aber auch die institutionelle Stärkung der ASEAN, den Umgang mit fundamentalistischen Gruppierungen und die Gefahren unkontrollierter Migration. Im Hintergrund dieser einzelnen Streitpunkte stehe letztlich die grundlegende Frage nach dem Zusammenhang von Wirtschaftsentwicklung und Demokratisierung, die vor allem in den NICs des südostasiatischen Raums als das vordringlichste Problem ihrer Entwicklungsstrategie angesehen werde. Indem er abschließend die Positionen der wichtigsten Protagonisten skizzierte, arbeitete er den Kerngegensatz dieser Debatte heraus: Ob nämlich das Wirtschaftswachstum einer Demokratisierung vorangehen müßte, wie es vor allem Lee Kuan Yew vertritt, oder ob nur im Zusammenspiel beider Entwicklung möglich ist, sie gleichsam "die beiden Räder des Fortschritts" sind (Kim Young-Sam).

"Asiens Stellung in einer künftigen Weltordnung" wurde in den drei abschließenden Referaten am Beispiel der Neuorientierung der drei regionalen Großmächte Asiens untersucht. Auf die Frage "Wie sieht Indien seine Rolle in der Welt?" antwortete Dr. Christian Wagner (Forschungsschwerpunkt Moderner Orient, FU Berlin) gleich zu Beginn seines Vortrags mit der Prognose, die Indische Union werde künftig zwar als bevölkerungsreichste Demokratie und zehntgrößtes Industrieland der Welt an Bedeutung als internationaler Akteur gewinnen. In welchem Maße Indien aber seine potentiellen außenpolitischen Möglichkeiten tatsächlich auch ausschöpfen könne, werde entscheidend von seiner innenpolitischen Entwicklung abhängen. Aufgrund dieser Interdependenz biete sich eine Analyse an, in deren erstem Schritt Indiens internationales Umfeld charakterisiert und im zweiten Schritt die nationalen Rahmenbedingungen skizziert werden sollen, um dann schlußfolgernd Perspektiven, Chancen und Risiken für Indiens Rolle in der Welt abschätzen zu können.

Abgesehen von Indiens Funktion als regionale Ordnungsmacht und den nach wie vor guten Beziehungen zu den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die das außenpolitische Mileu des Landes entscheidend prägen, eröffnen vor allem die allmähliche Annäherung an die USA und die VR China neue Handlungsspielräume. Als eine die außenpolitische Stärke Indiens fördernde nationale Rahmenbedingung nannte er zunächst die *mixed economy* des Landes als ein "sozialistisch inspiriertes Modell mit marktwirtschaftlichen Elementen". Daß allerdings der Konsens über den säkularen Staat heute nicht mehr uneingeschränkt gültig ist, sondern vor allem von den Hindu-Nationalisten in Frage gestellt wird, und daß schließlich Congress Party und die "Nehru-Gandhi-Dynastie" ihre innenpolitische Dominanz eingebüßt haben und ihnen mit den hindu-nationalistischen Parteien BJP und Shiv Sena ernstzunehmende Konkurrenten erwachsen sind, wertete Wagner als mögliche Gefährdung für die nationale Einheit, den wirtschaftlichen Fortschritt und damit letztlich auch für den außenpolitischen Erfolg. In diesem Zusammenhang wies er allerdings auch auf die Stabilität der indischen Demokratie hin, die über entsprechend hohe "Problemlösungskapazitäten" verfüge, so daß eine Integration der oppositionellen Parteien in die bestehende Ordnung durchaus möglich erscheine.

Als regionale Ordnungsmacht akzeptiert zu werden, auf internationaler Ebene Gleichstellung mit China zu erlangen und beides durch einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bestätigt zu finden, werden nach Einschätzung Wagners die nächstliegenden Ziele und Perspektiven der indischen Außenpolitik sein. Entscheidend hierfür sei letztlich jedoch die Haltung Indiens zum Atomwaffensperrvertrag.

Zur Frage "Japan: Der Osten des Westens oder der Westen des Ostens?" trug Prof. Dr. Wolfram Wallraf (Universität Potsdam) sein ebenso profundes wie kompaktes Referat vor. Dabei stellte er zunächst dem allgemeinen Stereotyp, das Japan als Mitglied der freien Welt und der demokratischen Nationen mit engen geographischen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bindungen an den asiatisch-pazifischen Raum kennzeichnet, das Bild einer Nation im Umbruch vor, die durch Korruption, die Ablösung traditioneller Werte, eine Legitimations- und Integrationsschwäche des politischen Systems und nicht zuletzt wegen seiner vielbeschworenen *bubble economy* in eine tiefgreifende Sinnkrise geraten sei, die eine Neuorientierung nach dem positiven Beispiel der neuen Industriestaaten im asiatisch-pazifischen Raum nötig mache. Die möglichen und die wahrscheinlichen Entwicklungen Japans führte Wallraf im folgenden auf den beiden entscheidenden Gebieten der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik aus.

Zum Thema der japanischen Sicherheitspolitik stellte er die drei unterschiedlichen Positionen der LDP-nahen Realisten (Kooperation mit den USA im Rahmen eines gemeinsamen Sicherheitsbündnisses), der SDP-nahen Idealisten (Einbindung in eine UN-zentrierte globale Friedensordnung) und der populistischen "östlichen Regionalisten" (als "traditionelle Globalisten") heraus und wagte die Prognose, daß Japans Westbindung bei Andauern der hegemonialen Stabilität der USA weiterhin einen bilateralen Bezug zu Amerika behalten werde und eine Integration in multilaterale Bündnisse vorerst nicht zu erwarten sei. Daher sei die japanische Außenpolitik auf eine Erhaltung dieser amerikanischen Hegemo-

nie auf dem Wege einer Offensiv-Defensiv-Arbeitsteilung ausgerichtet. Im Gegensatz zu seinem "penetranten Wirtschaftsgebaren" habe Japan auf dem Gebiet militärischer Macht kein Interesse an einer Expansion im regionalen Umfeld. Im Hinblick auf die zu erwartende wirtschaftliche Entwicklung schrieb er den Beziehungen zu den NICs im südostasiatischen Raum eine besondere Bedeutung zu, denen gegenüber er Japan in der Rolle des "Taus" darstellte, das in seinen Bewegungen von den wirtschaftlichen Zugzwängen zwischen den USA und den Staaten Südostasiens abhängig sei. Dabei ließe die Bedeutung Japans als "Absorber" der südostasiatischen Produktion aufgrund des stärkeren Anwachsens des innerregionalen Handels im ASEAN-Binnenmarkt gegenüber den Exporten auf dem Weltmarkt erheblich nach. Zusammenfassend beantwortete Wallraf die eingangs gestellte Frage dahingehend, daß Japan "in sicherheitspolitischer Hinsicht der Osten des Westens und in wirtschaftlicher Hinsicht der Westen des Ostens" sei.

Zur möglichen Position der dritten regionalen Großmacht Asiens innerhalb der im Entstehen begriffenen neuen Weltordnung sprach zum Abschluß der Tagung Prof. Dr. Carsten Herrmann-Pillath (Universität Duisburg). "China: Eine Weltmacht in spe?" lautete die Fragestellung, auf die er in seinem Vortrag eingeständenermaßen keine schlüssige Antwort geben wollte; vielmehr führte er zunächst eine ganze Reihe guter Gründe an, warum gerade für China und dessen künftige Rolle in einer neuen Weltordnung derzeit keinerlei seriöse Prognosen möglich sind. So nannte er die wirtschaftlichen und institutionellen Unwägbarkeiten im Fortgang der Reformpolitik, den Bereich der Rüstung wie auch die allein schon auf Grund der unzuverlässigen, oft von politischen Interessen verzerrten Ausgangsdaten schwierige Bewertung der Risikopotentiale der chinesischen Umwelt- und Agrarkrise sowie der zunehmenden Binnenmigration.

Unter diesen Vorbehalten wandte sich Herrmann-Pillath der grundsätzlicheren Frage zu, ob China in der Zukunft eine "Ordnung im Sinne einer gesellschaftlichen Organisation und einer kulturellen Einheit repräsentieren und diese nach außen hin vertreten" werden könne, die er mit einer ganzen Reihe inspirierender Thesen beantwortete. Entscheidend für den Machtstatus eines Landes sei generell, daß der Staat als "Pseudo-Akteur" auftreten, daß also die Zentralregierung sowohl nach innen als auch nach außen eigene Zielvorstellungen berechenbar und zuverlässig durchsetzen könne. Im Falle Chinas erfordere dies geistig-kulturelle Veränderungen im Sinne des Föderalismus, mithin die Abgabe von zentralstaatlichen Kompetenzen, um die wirtschaftliche Vielfalt wirkungsvoll in einen gemeinsamen Ordnungsrahmen einbinden und den Wirtschaftsraum eines "Greater China" politisch organisieren zu können. Ein solches Umdenken zeichne sich jedoch nicht ab; die Pekinger Führung halte vielmehr nach wie vor am "Mythos" eines unitarischen und autoritären Zentralstaates fest. Zudem scheinen auch die Handlungsfähigkeiten eines möglichen "Pseudo-Akteurs" China begrenzt, da sich viele der durch die Reformpolitik evozierten Transformationsprozesse bereits verselbständigt haben. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die Steuerungsfähigkeit der Pekinger Regierung schwindet: Es sei ein Rückgang der Extraktionsfähigkeit des Staates zu beobachten, der auch durch die Steuerreform von 1994 nicht aufgehalten werden konnte; der gesamte ländliche Raum werde allmählich der zentralen Kontrolle entzogen; das Staatshandeln

werde mit der "privaten Durchdringung öffentlicher Belange kommerzialisiert"; die natürlichen Wirtschaftsräume entwickeln eine sich staatlicher Lenkung weitgehend entziehende Eigendynamik. In Anbetracht dieser Beobachtungen bescheinigte Herrmann-Pillath der Pekinger Führung eine nurmehr schwache oder zunehmend schwächer werdende interne Staatsautorität, die auch ihre internationale Handlungsfähigkeit einschränke. Das China der Zukunft werde - auch für den Fall, daß sich das Konzept des Föderalismus gegenüber dem zentralstaatlichen Denken durchsetzen könne - eher das "lose Gebilde" eines "imperialen, regionalisierten Kaufmannsstaates" sein denn eine Weltmacht, die eine Ordnungsvorstellung nach außen hin repräsentieren könne. Die Volksrepublik stecke in dem Dilemma eines *trade-offs*: Sie könne nur dann die Position einer Weltmacht erlangen, wenn sie ihre Potentiale als Weltwirtschaftsmacht brachliegen lasse, und sie könne umgekehrt nur um den Preis des Verzichts auf die Weltmachtstellung ungebrochen in ihrer Wirtschaftsentwicklung fortfahren.

Die Diskussion der Vorträge im Plenum, das mit über 100 Teilnehmern gut besucht war, verlief z.T. kontrovers, immer jedoch spannend und anregend. Sämtliche Beiträge der Tagung werden in der Reihe *Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg* veröffentlicht werden.

Sonja Banze, Uwe Kotzel

China in den neunziger Jahren

Berlin, 14. Mai 1995

Am Sonntag, dem 14. Mai 1995, führten die Arbeitsstelle Politik Chinas und Ostasiens, FU Berlin, und die Arbeitsgemeinschaft junger Chinawissenschaftler im Otto-Suhr-Institut, FU Berlin, eine Veranstaltung mit dem Thema "China in den neunziger Jahren" durch. Folgende Vorträge wurden gehalten: Neue Tendenzen in der chinesischen Familien- und Familienplanungspolitik (Dagmar Borchard); Die Lage der Menschenrechte und die Menschenrechtspolitik der VR China (Dr. Wolfgang S. Heinz); Chinas Führung nach Chen Yun und Deng Xiaoping (Thomas Kampen); Umwelt und Wirtschaft: Das Staudammprojekt "Drei Schluchten" (Eva Sternfeld).

Die Arbeitsgemeinschaft junger Chinawissenschaftler wurde 1992 initiiert und hat inzwischen rund 100 Mitglieder, hauptsächlich aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Der Teilnehmerkreis umfaßt den sinologischen Mittelbau, mit und ohne Stelle an der Universität, und fortgeschrittene Studierende (Magisterkandidaten) mit langfristige Forschungsinteresse an China und sowohl eher geisteswissenschaftlich orientierte "Sinologen" als auch eher gesellschaftswissenschaftlich und gegenwartsbezogen forschende "Chinawissenschaftler".

Eigene Forschungsinteressen, laufende Projekte und Publikationen wurden durch die Datenbank Sinodat periodisch auf den neuesten Stand gebracht. Auf den regelmäßigen Treffen an den Instituten der Mitglieder steht das persönliche Kennenlernen und das Vorstellen der eigenen Forschung im Vordergrund. Nach